

# Hunderte Milliarden für die Rüstung? Nicht mit uns!

## Keine Grundgesetzänderung für Aufrüstungsorgie und Kriegsvorbereitung! Gegen „Kriegstüchtigkeit“ und für sozialen Frieden!

Nach drei Jahren Krieg in der Ukraine eröffnet die Aufnahme von Verhandlungen zwischen Washington und Moskau reale Chancen ihn zu beenden. Ein Verhandlungsfrieden, der das Blutvergießen und die Zerstörungen endlich beendet, braucht internationale Unterstützung – auch von der EU und auch von Berlin.

Obwohl seit langem absehbar ist, dass die ukrainische Armee durch den Krieg nichts mehr gewinnen kann, stellen sich die führenden Kräfte in der EU gegen Kompromisse zu seiner Beendigung. Die von Trump angebahnte Normalisierung der Beziehungen zu Russland wird zur ungeheuren Bedrohung für „Europa“, d.h. für die europäischen NATO-Staaten, aufgebaut.

Russland drohe nach dem Erfolg in der Ukraine bald osteuropäische NATO-Mitglieder anzugreifen, tönt es von überall, die tatsächlichen russischen Kriegsziele ausblendend. Weder hat Moskau ein glaubhaftes Motiv, noch die russische Armee die Fähigkeit dazu. Solche Angriffe würden ihre dreifache militärische Überlegenheit erfordern. Doch selbst ohne die USA sind die europäischen NATO-Staaten Russland noch weit überlegen.

Dennoch haben die Regierungschefs der EU ein Militarisierungsprogramm im Umfang von 800 Milliarden Euro beschlossen. Von „Wiederaufrüstung“ wird geredet, dabei haben die europäischen Nato-Mitglieder ihre Militärausgaben bereits seit 2014 von 250 auf 430 Milliarden US-Dollar gesteigert, weit mehr als Russland ausgibt. Ziel scheint daher vielmehr zu sein, die EU zur eigenständigen militärischen Großmacht aufzurüsten.

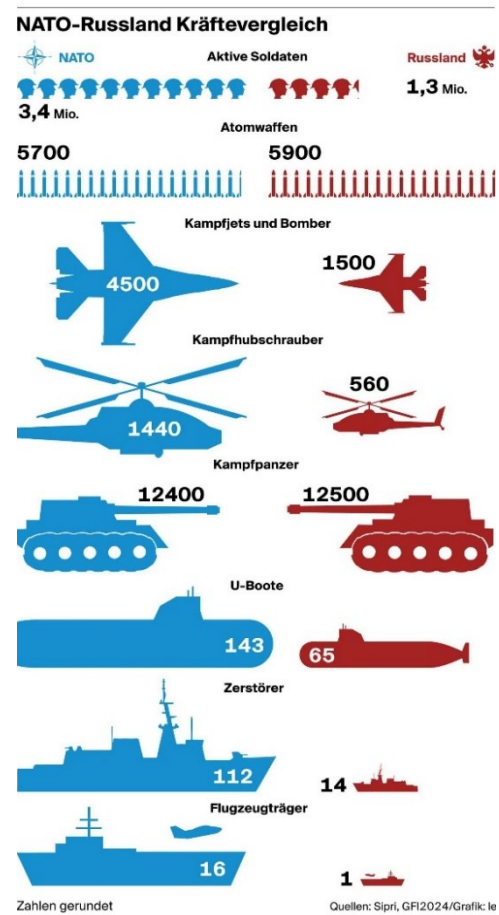
Die voraussichtliche zukünftige Koalition aus CDU/CSU und SPD prescht schon mächtig vor. Sie plant in einem unglaublichen Coup, gemeinsam mit den GRÜNEN, mit ihrer Mehrheit im alten Bundestag das Grundgesetz zu ändern, um zukünftig Kredite in Höhe von Hunderten Milliarden Euro fürs Militär aufnehmen zu können.

Nachdem zunächst 400 Milliarden neue Sonderschulden geplant waren, soll nun die Schuldenbremse für Militärausgaben in unbegrenzter Höhe geöffnet werden, auch für weitere Waffenlieferungen an die Ukraine.

Die Bundeswehr, wie auch die deutsche Wirtschaft, soll „kriegstüchtig“ gemacht werden. Vermutlich wird auch

von den parallel geplanten 500 Mrd. Sonderschulden für Infrastruktur ein erheblicher Teil dafür verwendet werden. Die Militärkredite würden zukünftige Haushalte massiv belasten – wie immer auf Kosten von Sozialem, Bildung, Gesundheit und Umwelt.

Eine derart weitreichende Entscheidung mit einem aufgelösten Bundestag durchzudrücken, während der neue schon bereitsteht, widerspricht nicht nur eklatant demokratischen Gepflogenheiten, sondern ist auch kaum mit dem im Grundgesetz verankerten Demokratieprinzip vereinbar.



**Wir fordern die Abgeordneten des alten Bundestages auf, sich den Plänen zu verweigern, derart weitreichende Entscheidungen mit der Brechstange durchzusetzen!**

**Der Rüstungswahn in Deutschland und der EU muss gestoppt, Kriege beendet werden!**

**Diplomatie statt Eskalation!**

*Heidelberger Forum gegen Militarismus und Krieg*